

Die Gewerkschaft.

Organ für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Verlag Expedition und Redaktion:
Berlin W. 57, Bülowstr. 21.
Telephon: Amt 9, Nr. 4188.
Die Gewerkschaft erscheint alle 14 Tage Freitags.
Redaktionsbüro:
8 Tage vor dem Erscheinen.

Motto:
Staats- und Gemeinde-Betriebe
sollen Musterintitate sein.

Bezugspreise.
Durch die Post (Zeitungsspreisl. Nr. 428) ohne Bestellgeld
0,50 Mf. vierteljährlich, unter Streifenband 1,00 Mf. Einzel-
Nummer 0,20 Mf.
Anzeigen.
Die dreizehnpaltige Pentzelle 10 Pfg.; bei Wiederholung billiger,
für die Organisations- der Gemeinde- und Staatsarbeiter 15 Pfg.

Nr. 24.

Berlin, den 28. November 1902.

6. Jahrg.

Unsere Zeitung ist für das Jahr 1903 unter
Nr. 3164 in die Post-Zeitungspreisl. ein-
getragen worden.

Verlag „Die Gewerkschaft“.

Außerordentlicher Verbands- tag der städtischen Arbeiter Württembergs.

Am Sonntag, den 9. November, tagte im
Gewerkschaftshaus in Stuttgart der außerordent-
liche Verbandstag der „Städtischen Arbeiter
Württembergs“. Der Vorsitzende, Kollege Altvater,
eröffnete und begrüßte denselben um 9 1/2 Uhr.
Vertreten waren Stuttgart, Cannstatt, Göppingen
und Heilbronn.

Auf der Tagesordnung standen folgende
Punkte:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Kassiers.
3. Uebertritt zum „Verband der Gemeinde-
arbeiter Deutschlands“.
4. Anträge.
5. Beschlüsse.

Nach Konfirmierung des Bureaus, in welcher
die Kollegen Altvater als erster und Beck als
zweiter Vorsitzender, sowie die Kollegen Bürker
und Müller als Schriftführer bestimmt wurden,
erstattete zu Punkt 1 der Tagesordnung Kollege
Altvater den Bericht des Vorstandes und führte
dieselbe etwa folgendes aus:

Zeit dem Verbandstag am 9. März d. Js.
liegt allerdings keine lange, aber eine arbeitsreiche
Zeit hinter uns. Die Erfahrung hat auch hier
gelehrt, daß nur durch Zusammenfassung aller
Kräfte etwas Größtliches erreicht werden kann.
Als Beispiel kann gelten, daß, wie die Abrechnung
ausweist, bereits zwei Ätiale abwechselungsweise
in den beiden Quartalen mit Unterbilanz arbeiten
mussten, was ja selbstverständlich nicht als Vor-
wurf gelten soll, aber als Beweis dient, daß es
ihnen nur möglich war, durch die auf dem Ver-
bandstag obligatorisch eingeführte Krankenunter-
stützung stabilere Verhältnisse in dem Mitglieder-
stand zu schaffen. Auch mit Rath und That
wurden die Ätiale zwar mehr als leiblich unter-
stützt, aber noch lange nicht in dem Maße, als
notwendig gewesen wäre, da es hauptsächlich den
leitenden Personen an der nötigen Zeit fehlte.
Der Vorstand erledigte die laufende Geschäfte in
10 Sitzungen, einer kombinierten Sitzung mit den
Vertrauensmännern und der Ätialverwaltung
Stuttgart. An Einläufen waren 18, an Aus-
läufen 5 ercl. 5 Paketen zu verzeichnen. Da
von der Angelegenheit Altvaters contra Ober-
bürgermeister Vogelmeier Heilbronn alle Anwesenden
längst genügend unterrichtet sind, erübrige es sich,
nochmal näher darauf einzugehen. Alsdann geht
Altvater einen Ueberblick über die Verhandlungen,
die mit dem Verband der Gemeindearbeiter
Deutschlands“ gepflogen wurden. Anlässlich der
Anwesenheit des Sekretärs, Genossen Bösch, auf
dem 1. deutschen Gewerkschaftskongress im Juni
d. Js. unterbreitete derselbe dem Verbandsvorstand
den Antrag, eine Verschmelzung beider Organisa-
tionen herbeizuführen und alsdann ein Sekre-
tariat am höchsten Platze zu errichten, dessen Ge-
schäftskreis sich auf sämtliche süddeutschen Ätiale

erstrecken sollte. Als Sekretär sollte, um dem nun
einmal vorhandenen partikulären Gefühl der
für den Verband in Betracht kommenden Arbeiter-
kategorien Rechnung zu tragen und einen
besseren Erfolg zu sichern, ein Süddeutscher, wenn
möglich, Altvater, angestellt werden. Die kom-
binirte Sitzung der Vertrauensmänner, Ätial und
Verbandsverwaltung, die am 20. Juni in An-
wesenheit der Genossen Bösch Berlin und Bürger
Hamburg abgehalten wurde, erklärte sich im Prinzip
mit dem Vorschlag einverstanden und überwies
denselben zur weiteren Behandlung dem Verbands-
vorstand. Derselbe führte denn auch nach ver-
schiedenen Verhandlungen einerseits zu dem Be-
schluß, einen außerordentlichen Verbandstag ein-
zuberufen und denselben den Anschluß unter den
vorläufig vereinbarten Bedingungen vorzuschlagen,
vorausgesetzt, daß Kollege Altvater geneigt ist, den
Kosten als Sekretär anzunehmen und andererseits
die Leitung des „Verbandes der Gemeindearbeiter“
ihre süddeutschen Ätiale von der Anstellung Al-
vaters unterrichtet, damit unliebsame Nebenwirkungen
vermieden und dem Sekretär kein ungerechtfertigtes
Mißtrauen entgegengebracht wird. Nach einer
Atheilung des Genossen Bösch ist letzteres be-
reits geschehen, und auch Kollege Altvater erklärt,
den Kosten annehmen zu wollen, nicht etwa, weil
er seine materielle Stellung dadurch zu verbessern
glaube, sondern im Interesse der Organisation, da
die Ätiale Stuttgart, sowie der Verbandsauschluß
nur in dem Fall einen Anschluß zustimmen zu
können glauben.

Der Bericht des Vorstandes ist damit erledigt
und erklärt in der darauffolgenden Diskussion
Kollege Köhler Göppingen, daß er von der Thätig-
keit des Vorstandes wohl befriedigt sei und dem
selben, speziell dem Vorsitzenden, für dessen jeder-
zeitige schnelle und thätige Unterstützung den
Dank der Ätiale Göppingen ausspreche; in gleichem
Sinne sprachen sich Stephan Heilbronn, Tomus-
Cannstatt und Rudolf Stuttgart aus.

Bei Punkt 2 trägt Kollege Tierner die Ab-
rechnung vom 2. und 3. Quartal 1902 vor.
Nach derselben waren:

Die Einnahmen zusammen . . . 3786,48 Mf.

Die Ausgaben zusammen . . . 1825,68

so daß am 1. Oktober das Vermögen des Ver-
bandes die Summe von 1960,80 Mf. betrug.

Ramens der Revisoren erklärte Guttenberger
Cannstatt, daß die Kasse revidirt und Alles in
Ordnung gefunden wurde, und beantragt, dem
Kassier Rechnung zu erteilen, was auch ein-
stimmig geschieht. Des Weiteren stellt Kollege
Köhler den Antrag, die statutenmäßige Entschädi-
gung des Vorstandes zu erledigen. Bürker und
Tierner beantragen, dem Vorsitzenden als Ent-
schädigung 100 Mf. zuzuerkennen, was einstimmig
angenommen wurde, trotzdem sich Kollege Altvater
gegen jede Entschädigung ausdrücklich ausgesprochen
hätte. Ueber einen weiteren Antrag Köhler, auch
den übrigen Vorstandsmitgliedern eine Entschädi-
gung zu gewähren, beantragt Bürker Hebergang
zur Tagesordnung. Diesem wird zugestimmt,
nachdem noch ein weiterer Antrag Beck, dem
Kassier 20 Mf. Monats-Gelder zu bewilligen, an-
genommen war.

Zu Punkt 3 begründet zunächst in längerem
Ausführungen Kollege Altvater den Antrag des

Vorstandes und Ausschusses auf Verschmelzung
des Verbandes mit dem Verband der „Gemeinde-
arbeiter Deutschlands“, indem er die Vortheile der
Zentralisation zergliedert und besonders betont,
daß nur durch eine völlig einheitliche Leitung die
Organisation allerorts gehoben und dadurch Vor-
theile für die Kollegen erlangen werden können.
Nachdem Altvater unter dem Vorfall der Anwesen-
den geendet, sprechen in der anschließenden Dis-
kussion die Kollegen Tierner, Müller, Bürker und
Rudolf ebenfalls dafür. Kollege Tomus Cannstatt
stellt fest, daß dort anfänglich eine ganz entschieden
feindselige Stimmung, hauptsächlich wegen der
damit verbundenen Beitragserhöhung gegen den
Anschluß geherricht habe, daß dieselbe sich jedoch,
hauptsächlich im Hinblick auf die Errichtung eines
Sekretariats mehr und mehr in eine zustimmende
umgeändert hat, und ist er in der Lage, dafür
stimmen zu können. Kollege Stephan Heilbronn
erklärt, ein gebundenes Mandat nicht zu haben,
sondern er ist beauftragt, je nach den Verhältnissen
dafür oder dagegen zu stimmen; nachdem er aber
die Sachlage kennen gelernt und auch die Vor-
theile einer Zentralorganisation genügend erörtert
sind, kann er ebenfalls dafür. Köhler Göppingen
erklärt, für seine Person sei er von den Vortheilen
eines Anschlusses überzeugt, jedoch hätte er ein
gebundenes Mandat und enthalte er sich deshalb
der Abstimmung. Die Ätiale Göppingen sei,
nachdem sie mit dem 1. Oktober erst ihre sechs-
monatliche Karenzzeit beendet und nun in den
Genuß der Krankenunterstützung gelangt sei, ent-
schieden dagegen, einem Anschluß mit der damit
verbundenen Beitragserhöhung zuzustimmen.

Bürker Stuttgart weist darauf hin, daß die
vereinbarten und von dem „Verband der Gemeinde-
arbeiter“ in konstanter Weise eingehaltenen Ueber-
trittsbedingungen bedeutende Vortheile für uns
bedeuten und stellt den Antrag, daß, da die Ueber-
trittsbedingungen schon längere Zeit vervollständigt
und im Heiß der beteiligten Ätialverwaltungen
bzw. der Delegirten sind, über dieselben ein bloß
abzustimmen. Der Antrag wird angenommen.
Bei der nun folgenden Abstimmung wird der
Antrag des Vorstandes und Ausschusses auf An-
schluß an den „Verband der Gemeindearbeiter
Deutschlands“ einstimmig, bei einer Stimment-
haltung (Köhler Göppingen), angenommen. Damit
gelten auch die Uebertrittsbedingungen als ge-
nehmigt. Ein Antrag Rudolf Stuttgart, daß in
die zu wählende Kommission bzw. Gauvorstand
auch der Ätiale Cannstatt ein Vertreter zugeordnet
würde, wird in einem Wunsch des Verbandstages
ungenutzt, der mit Zustimmung Kassiers be-
rückichtigt werden soll. Damit ist der Anschluß
nun vollzogen.

Bei Punkt 4 (Anträge) wird der Antrag des
Vorstandes auf Erhöhung der Beiträge von 15
auf 20 Pf. (bzw. Leistung eines Lokalzuschlags
von 5 Pf. pro Woche zu dem Verbandsbeitrag
von 15 Pf.) mit allen gegen eine Stimme ange-
nommen.

Alsdann begründet Kollege Altvater den An-
trag des Vorstandes auf Einführung eines Sterbe-
geldes und war im 1. Jahr der Mitgliedschaft
10 Mf., steigend mit jedem weiteren Beitragsjahr
um 5 Mf. bis im 6. Jahr mit 35 Mf. der Be-
harrungszustand erreicht. Er stellt an der Hand

statistischer Unterlagen sein, daß es möglich ist, diese Unterstützung von der beabsichtigten Beitrags-erhöhung zu gewähren und soll den Mitgliedern dadurch ein gewisses Äquivalent für Letztere ge-boten werden. Nachdem sich Stephan und West ebenfalls dafür ausgesprochen, wird der Vorstands-antrag einstimmig angenommen.

Des Ferneren beantragt Rudolf Zuntag: Abänderung bzw. Verschärfung der Ziffer 4 des Krankentätigkeits-Reglements, wonach ein aus-gewähltes Mitglied anstatt wie jetzt 26, künftig erst nach 52 Beitragswochen wieder unterstützungs-berechtigt sein soll. Nachdem sich verschiedene Mit-glieder dafür ausgesprochen, sieht Antragsteller seinen Antrag zurück.

Unter Vorsitzendem unterbreitet der Vor-sitzende dem Verbandstag ein Gesuch der Ver-einigten Gewerkschaften Heilbronn, worin dieselben darum nachsuchen: Der Verband möge an den gemeinschaftlichen Rechtsanwaltskosten in Sachen „Deutmaer“ einen größeren Teil als den vom Verbandsvorstand bewilligten gewähren.

Der Vorsitzende führte dazu aus, daß der Verbandsvorstand 25 Mk. bewilligt habe, nachdem wir uns im Juli d. J. vor der Verhandlung, die in Heilbronn stattfand, entschieden weigerten, einen Stuttgarter Rechtsanwalt mit der gemeinschaft-lichen Vertretung von Altvater und dem Vor-sitzenden des Heilbronner Kartells, Genossen Schäfer, zu beauftragen, da die hierdurch er-wachsenen Kosten in Betrage von 100 Mk. in Anbetracht der Bagatelle, um die es sich handelte, entschieden zu hoch seien, auch glaubten wir, daß eine derartige hohe Ausgabe vor den Kollegen nicht zu verantworten wäre. Das Heilbronner Kartell beharrte aber darauf, daß ein Stuttgarter Rechts-anwalt die Sache in die Hand nehmen solle. „Lasse es, was es wolle“, wie sie sich ausdrückten. Der Verbandsvorstand war deshalb der Ansicht, daß wir mit der Bewilligung von 25 Mk. unsere Verpflichtungen vollständig erfüllen, da dieser Betrag zum mindesten die Hälfte, ja wahrscheinlich das Ganze dessen wäre, das ein Heilbronner Rechtsanwalt berechnet hätte. Wenn sich nun aber die Heilbronner Genossen einen besonderen Luxus erlauben, so sollten sie auch für die Kosten aufkommen. Nachdem das Kartell aber an unsere Willkürigkeit appellierte, so hielte der Verbands-vorstand es dem Verbandstag anheim, ob anstatt der bewilligten 25 Mk. 50 Mk. bewilligt werden sollten, um event. zu verhindern, daß die Heilbronner Kollegen sonst noch vielleicht darunter zu leiden hätten. Der Verbandstag beschloß demgemäß, mit der ausdrücklichen Motivierung, daß die Heil-bronner Vereinigten Gewerkschaften diese weiteren 25 Mk. als freiwillige Zuwendung zu betrachten haben.

Alsdann fordert der Vorsitzende die Delegierten auf, nachdem der Anschließ mit großer Majorität vollzogen sei, habe jeder die Pflicht, mit allen Kräften für das Wachsen und Gedeihen der Zen-tralorganisation zu wirken. Trotzdem anfangs so viele Schwierigkeiten zu überwinden waren, ist nun nicht nur kein Rückgang, sondern sogar ein erheblicher Fortschritt in Mitgliederzahl zu ver-zeichnen. Auch sind sogar in den letzten Tagen die Gaskontrollen, die früher die Filiale Stutt-gart II bildeten, wieder vollständig in unsere Or-ganisation eingetreten. Mit der Bitte, auch nach Errichtung des Sekretariats ihn in seiner Arbeit zu unterstützen, schließt der Vorsitzende Altvater um 1 1/2 Uhr mit einem Hoch auf die Zentral-organisation den letzten Verbandstag der „Städtischen Arbeiter Württembergs.“

Nur zu rasch verschwanden die wenigen Stunden, die den Kollegen noch zu gemütlichen Rückwärtsein verblieben, und mit dem Verabschieden, mit neuer Kraft wieder ans Werk zu gehen, um die noch fernstehenden Kollegen der Organisation zurühren, gingen die Delegierten auseinander.

Die Schriftführer der General-Versammlung:
Gottlieb Müller, Carl Würtel.

Anmerkung der Redaktion. Wir begrüßen es mit großer Freude, daß die General-Versammlung des Verbandes der städtischen Ar-beiter Württembergs den Uebertritt zum Verbande der Gemeindegewerkschaften beschlossen hat. Besonders freut es uns, daß der Uebertritt einstimmig beschloßen wurde. Wir heißen die Württemberger Kollegen herzlich in unserem Verbande willkommen.

gilt es doch, immer größere Massen der Arbeiter zusammen zu fassen, um die Machtposition des Proletariats innerhalb der heutigen gesellschaftlichen Organisation zu verfestigen. Mehr Macht! muß vor Allem die Lösung der Arbeiterfrage sein. Ueberall, wohin wir blicken, nach dem Reichstage (Hollworte, Arbeiterbildungsvereine), nach den Ge-meinde-Verwaltungen (kommunale Sozialpolitik), gewahren wir eins: „Unsere Macht ist nicht groß genug!“ Die Gegner sind härter, sie werden uns wieder und zwingen uns ihre Wünsche auf. Das Alles kann anders wer-den, wenn jene Elemente, die ein Interesse an der Forderung der heutigen Zustände haben, sich sammeln und große machtvolle Organisationen bilden.

Nichts ist thörichter, als wenn Arbeiter in kurzlicher Selbstsicht für kleinere lokale Organi-sationen eintreten. Tausendertausende, welche noch schlafen, müssen wir vor allem für uns gewinnen! Diese sind heute die eigentlichen Stützen des gegenwärtigen Systems. Entgegen wir haben die schlummernde Masse ihrer Gleichgültigen und jeder neue Kämpfer, den wir gewonnen haben, verhaftet unsere Macht, unser Ansehen und Einfluß. Flammfäße aber die indifferente Menge zu bearbeiten, das vermag nur die zentrale Ver-einigung. So arbeiten denn alle zentralen Ver-bände internistisch an der Befestigung unseres größten Feindes, des Unverstandes der Massen. In allen Landesteilen haben sie die Aufklärerinnen aufzurufen, in Nord und Süd und West!

Auch wir wollen in dieser Beziehung unsere Pflicht im weitesten Interesse erfüllen. Daß nun auch die Württemberger Kollegen an diesem großen schönen Werke mitarbeiten wollen, das begrüßen wir nochmals mit großen Freuden. Wieder haben die städtischen Arbeiter Württembergs durch den Uebertritt einen Schritt nach vorwärts getan. Mag auch in Zukunft ihre Parole in Gemeindefam-ten mit den anderen organisierten Arbeitern „Vor-wärts“ lauten, dann wird auch unsere Arbeit nicht unfruchtbar sein.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Niebig, Berlin S., Urbanstraße 34.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Bruno Voerich, Berlin W. 57, Bülowstr. 21,** Gartenhaus, part. Zweichl. von 11-1 Uhr Vormittags, Sonn- und Feiertags in die Geschäfts-stelle geschloßen. Verbandskassier: **P. Poffardt, Berlin S. 58, Tredehofstr. 48.** Alle Korrespondenzen, Anfragen etc. die den Verband betreffen, sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die „Gewerkschaft“ bestimmt, sind nur an den Verbandskassier zu richten.

Geldsendungen für die „Gewerkschaft“ gehen an **Fr. Voerich.**

Vorsitzender des Ausschusses: **P. Schulz, Berlin SO., Kaufherrstr. 20.**

Bekanntmachung.

Bei dem Unterzeichneten liegen folgende Gelder ein-uberlassen von den Sammlungen für Arthur und Franz-Leipzig 1905 Mk., Café 13,60 Mk., Mann-heim VI 19,28 Mk., Darmstadt 4,80 Mk., Berlin XI 40,45 Mk.

F. Poffardt.

Am 2. November für das Verbandssekretariat wurde in der letzten gemeinsamen Sitzung des Verbands-Vorstandes und Ausschusses der bisherige Kassier Herr Kurt G. Hermann gewählt. Bekanntlich war der Kosten durch das Ausschreiben von G. Tamm seit März dieses Jahres indolent.

Der Vorstand der städtischen Arbeiter Württembergs hat in seiner außerordentlichen General-Versammlung vom 9. November beschloßen, mit dem 1. Januar 1906 zum Verbands der in Gemeinde-Verbands beschaffigten Arbeiter und Unterangestellten überzutreten.

An die Mitglieder der Filialen-Vorstände und Revisoren!

Wiederholt ist es vorgekommen, daß Vorstands-Mitglieder sich aufs Liebste beleidigt fühlen, wenn wir sie bezüglich etwa noch ausstehender Abrechnungen mahnten. Wie notwendig eine strenge Kontrolle der einzelnen Filialen seitens der Revisoren und des Verbands-Vorstandes ist, dieses wurde erst kürzlich in der Artikelleide „Der Ausbau unserer Organisa-tion“ begründet und wiederholt vorgetragene Unter-suchungen nachgewiesen. Wieder hat sich nun ein solch trauriger Fall ereignet. Der Kassier einer

Verbands-Filiale hat sich abermals widerrechtlich 230 Mk. angeeignet. Bei einer strengen Kontrolle seitens des Filialen-Vorstandes und der Revisoren wäre dieses Verkommen einfach unmöglich gewesen. Obgleich wir schon früher einen gewissen Verdacht gegen den fraglichen Kassier hegten, da er unter allen mög-lichen Ausflüchten die Einfindung der Quartals Ab-rechnungen zu verzögern suchte, konnten wir nichts gegen ihn unternehmen, da der Filialen-Vorstand uns er-läuterte, es sei alles bezüglich der staatsverhältnisse in Ordnung. Auch die Revisoren haben ihre Pflicht nicht erfüllt, indem sie es einmal dubieren, daß die Ab-rechnungen 2-3 Monate später aufgestellt wurden und andererseits die Nichtigkeit dieser Abrechnungen beglaubigten, ohne sich hieron genügend überzeugt zu haben. Wir werden daher künftighin ganz mitte-darauf achten, daß die Quartals-Abrechnungen hier pünktlich eingehen und bei Unrichtigkeit den frag-lichen Filialen gegenüber unsere Verpflichtungen ein-halten. Andererseits richten wir die dringende Bitte an die Filialen-Vorstände und insbesondere an die Revisoren, daß sie für eine correcte Kassienführung Sorge tragen. Minderstens sollten die Filialen-Vorstände auf Jahre zu Grunde, indem das Vertrauen in dieselben verloren geht.

Die Filiale Magdeburg III teilt uns mit, daß sie bei der letzten Zeitungsendung 71 Beilagen zu viel erhalten hat. Sollten vielleicht in anderen Filialen Beilagen gefehlt haben, so bitten wir um baldige Nachricht, damit die überschüssigen Exemplare in M. eventuell nach dort gesandt werden können.

A. M. Fr. Voerich.

Versammlungen.

Berlin. Die Filiale II (Manufaktionsarbeiter) waren am Sonntag, den 15. November, bei Pat. Traugottstraße, recht zahlreich zusammen, um Stellung zu dem abtretenden Reich der Manufaktions-Deputa-tion bezüglich der eingereichten Forderungen zu nehmen. In eingehender Weise gab Kollege Schabel ein Bild von der traurigen Lage der Manufaktions-arbeiter und bedauerte lebhaft das abtretende Verhalten der Behörden gegenüber den berechtigten Forderungen. Nach lebhafter Diskussion wurde auf Antrag von Schabel beschlossen, in der nächsten Zeit von den Be-hörden eine sogenannte Dinerungsulage für alle städtischen Arbeiter zu verlangen.

Berlin. Die Kollegen der Filiale III (Wasser-werkarbeiter) hielten am Sonntag, den 16. November, bei Weststr. 1, Andreasstraße, ihre Filialerversammlung ab. Nach einem Vortrag des Vorsitzenden Schabel beschäftigten sich dieselben mit der eigentümlichen Stellung der Direktion zu dem von den städtischen Kollegen gewährten Urlaub. Während in den übrigen Betrieben der Stadt ein solcher gewährt wird, sind die Arbeiter der Wasserwerke in der üblen Lage, auf diesen verzichten zu müssen, bloß weil es der Direktion nicht beliebt. Daß eine solche Handlungsweise nicht dazu beitragen, die Schaffensfreudigkeit der städtischen Arbeiter zu heben, ist ziemlich klar. Im Gegenteil führt ein solches Verhalten dazu, daß die Arbeiter immer mehr die ungenügende Fürsorge der Stadt Berlin ihren Ar-beitern gegenüber durchschauen. Schritte zur Erringung des Urlaubs sollen zur geeigneten Zeit unternommen werden.

Berlin VI (Laternenwärter). Am 13. November fand eine gut besuchte Versammlung der Laternenwärter statt. In derselben wurde namentlich Klage gegen einige Vorgesezte erhoben. So beschwerte man sich darüber, daß die unter dem 1. Juli d. J. getroffenen Verein-barungen des Arbeiterausschusses mit dem Herrn Be-leuchtungsinspektor Gildner von seiten einiger Kontrol-ler beantragt geraden verlegt worden. Ein Direktorkolleur hat z. B. die Anordnung getroffen und ist dies auf den Antrittsstellen ausdrücklich vermerkt, daß die Leute bei früherer Bitterung 25 Minuten früher antreten müssen, statt wie in den anderen Revieren 15 Minuten. Was viele Anordnungen bei rauher Winterzeit auf sich hat, das kann jeder, der mit den Verhältnissen vertraut ist, ersehen. Ferner ist von einem Direktorkolleur die An-ordnung getroffen, daß die Leute an den Urlaubstagen pünktlich antreten müssen. Es hatte z. B. ein Anwärter Montags-Urlaub, sein Reiser war von ihm Sonnabend zuvor gelehrt worden, und da kein Lohn vom Militär zum Urlaub gekommen war, so ging er mit diesem an seinem Urlaubstage (Montag) aus. Als derselbe am Dienstag zum Dienst kam, theilte der Direktorkolleur ihm mit, daß er ihn auf Anordnung des Direktorkolleurs wegen Nichtantretens an seinem Urlaubstage mit 25 Pf. bestrafen müsse. Der fragliche Anwärter sprach dann später mit dem Direktorkolleur darüber. Dieser aber antwortete, er warte von seiner bezüglichen Ver-sammlung des Inspektors.

Anmerkung der Redaktion. Mit Herr Be-leuchtungsinspektor Gildner mit ein Delegationsmitglied der Wasserwerke und die Direktorkolleur die ein-gewöhnlichen maßgebenden Faktoren, welche selbständig Verfügungen erlassen und für die Verantwortung nicht antreten? Oder aber hat Herr Gildner dem Arbeiterausschuss Schritte angedeutet und nicht für die Durchführung derselben Sorge ge-tragen? Was ist die Wahrheit? Hoffentlich ereignet bald eine Verantwortung dieser Art.

Berlin. Die Arbeiter des Köhrensystems (Filiale IV) nahmen am Sonntag, den 16. November, Stellung zu der ungenügenden Verzinsung ihrer Arbeitsleistungen. Nach längerer Diskussion wurde beschloßen, die nach-folgenden Forderungen der Direktion zu unterbreiten: 1. Einführung von Nachtloöhnen statt der bisher ge-zahlten Stundenlöhne bei 15-tägig schichtweiser Arbeit

zeit. 2. Zuschlag für Überzeitarbeit, sowie Feiertags- und Nachtarbeit, und zwar während der Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens 30 pSt. Zuschlag. 3. Anfangslohn für Hilfsarbeiter 25 Mk., nach jedem Jahr steigend um 1 Mk. bis zu 27 Mk. 4. Anfangslohn für Kohleleger 27 Mk., jährlich steigend um 1 1/2 Mk. bis zu 31 Mk. Nicht abfällig främmt wurde die wohl einig dahingehende Festlegung von Strafbestimmungen beim Zutritt zum Arbeitsplatze. Hier wird in der Arbeitsordnung bestimmt: Bei etwaigen Verstößen kann die Zurückweisung für den ganzen Tag verfügt werden. Mit Recht wurde hervorgehoben, daß dieser Absatz gegen das Gesetz verstoße und es sei sehr bedauerlich, daß eine städtische Behörde derartige juristische Zitate dieser Art nicht gestrichen werden, so soll in einer öffentlichen Versammlung dagegen protestiert werden.

Berlin XV (Kaufarbeiter). Am 10. d. Mts. fand im Lokale des Herrn Meckowitz, Andreassir. 24, unsere Vereinsversammlung statt. Genosse Südde hielt einen mit reichhaltigem Vortrag über die Lage der Arbeiter und Sozialpolitik. In der darauffolgenden sehr lebhaften Diskussion wurde der Wunsch ausgedrückt, daß man derartige Vorträge öfter halten soll, um den Mitgliedern an der Hand solcher Thatsachen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu zeigen. Nachdem ein Vertrauensmann für den Bezirk „Moabit“ gewählt worden war, schritt man zum Punkt „Beschwerden“. Hier wurden unter anderem die bestehenden Mängel in der Krankenfürsorge scharf verurteilt und die Kollegen aufgefordert, bei der nächsten Wahl der Delegierten zur Krankenfürsorge nur wirklich tüchtige Kollegen zu wählen. Ferner sprach man seinen Unwillen darüber aus, daß die Urtau des Frage noch nicht genügend geregelt wäre. Denn es ist vorzuziehen, daß einem Arbeiter, der 23 Jahre hinter einander bei der Kohleverwaltung beschäftigt ist, der Urlaub verweigert werde, ohne Angabe von Gründen. Zum Schluß wurden die Kollegen aufgefordert, recht fröhlich für den Verband zu agitieren und auch die Zeugnisse an ihre Familien zu erinnern.

Breslau. Am 21. d. Mts. fand im hiesigen Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung der Gemeindefabrikanten statt. Kollege Moß (Berlin) sprach über das Thema: „Wie verhalten sich die städtischen Arbeiter zu der bereits im vorigen Jahre eingetragenen Petition, welche bis heute noch unbeantwortet geblieben ist?“ Dieses Todesurteil genannter Petition wurde einer sachlichen scharfen Kritik unterzogen. In keiner anderen Stadt läme es vor, daß die Behörden ein Gesuch der Arbeiter unbeantwortet ließen.

In genannter Petition wurde i. J. den Behörden klargestellt, daß die Löhne der Arbeiter bei den heutigen Preisen, wo der Arbeiter dazu mit enormen Einkommen und Lebensmitteln belastet ist, absolut nicht ausreichen und somit die Frauen und Kinder derselben darauf angewiesen wären, mit für den Lebensunterhalt zu sorgen.

Auch hat diese Petition schon manden Arbeit samen Menschen auf unregelmäßige Weise geführt. In allen anderen Großstädten würden die städtischen Arbeiter besser honoriert, als gerade in unserem Breslau. Die Schuld an der Ignoranz dieser Petition wird teilweise der Unwissenheit der Organisationsleiter zugeschrieben, daß sie nicht energisch genug in der Sache vorgegangen ist. Hauptächlich hätten jedoch die Vorgesetzten es abichtlich vermeiden, eine Antwort zu geben; wahrscheinlich in der Meinung, die Arbeiter, deren Organisation nur schwach sei, würden die Ausichtslosigkeit ihrer Wünsche erkennend, dadurch entschuldigt werden und weitere Schritte nicht unternehmen. Die Beamten verziehen es sehr wohl, eine Zehnerzulage zu verlangen, sie wird ihnen auch schließlich gewährt; nur der städtische Arbeiter verziehe es nicht, seine Löhne zu verbessern. In diesem Zwecke wäre vor allen Dingen eine härtere Verbeugung an der Organisation zu empfehlen, welche schließlich doch ein sicheres Ziel erreichen wird.

Kollege Moß schlägt vor, die Verwaltung nimmher außer Betracht zu lassen und dieselbe Petition an den Magistrat zu richten; und falls auch dieser Schritt vergeblich sein sollte, an die Stadtverordnetenversammlung, wo die Forderungen genäh von den Arbeitervertretern in Zukunft genommen werden würden. Nach einer regen Diskussion nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„Die Versammlung von städtischen Arbeitern protestiert ganz energisch gegen die Ignoranz der Petition städtischer Arbeiter und beabsichtigt, dieselbe dem Magistrat zu übermitteln, damit in der Sache Arbeit geschaffen werde.“

Gemeinlich. Für das nächste Jahr wird vom Gasauschuß die Anzahl 11 die Erbauung einer zweiten Gasfabrikation zu 8 Stück und 9 Ketten als Ersatz für die vorhandenen 7 alten Ketten zu je 7 Ketten, die seit Erbauung der Anzahl im Jahre 1875 im Betrieb und nimmher vollständig ausgeht sind. Die neuen Ketten, deren Ketten schlagend angeordnet sind, bieten gegenüber dem alten Systeme eine vollständige Erhaltung an Betriebskosten und zugleich eine Verbesserung der Bedienung für die Arbeiter. Dieser Sachverhalt und der Umstand, daß nach einem Berichte der Direktion die Anzahl auf eine weitere Zunahme des Gasverbrauches gefaßt sein muß, bestimmt den Rat, dem Vorstande beizutreten und die auf insgesamt 23100 Mk. veranschlagten Kosten für den Bau dieser Ketten und die hierzu erforderlichen Nebenarbeiten, wie die nötige Umfesterung des Kettenbauwerkes, Bau eines neuen Schornsteins, Aufstellung einer Kettensammleranlage für die Kohlen- und Aschenanlage aus den Gasesenemas und Erweiterungsarbeiten der Anzahl zu bewilligen. So schreiben die hiesigen „Neuesten Nachrichten.“

Nun ist ja die Sache mit den projektirten Verbesserungen sehr schön, einen aber noch größeren Verdienst würde die Direktion erwerben, wenn sie endlich die 21 stündige Arbeitszeit befreit hätte. Durch diese lange Arbeitszeit wird die Gesundheit der Arbeiter auf das Außerste gefährdet.

In einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen wurden die Mittel zu einem Schuppen für den hiesigen Bahnhof zur Aufbewahrung der Dekorationsgegenstände bewilligt. Nun sollte man meinen, für die dort stationierten Arbeiter sei auch ein Schuppen vorhanden, wo dieselben ihre Kleidung vor der Witterung schützen und ihre Familien zubringen könnten. Aber weit gefehlt. Daran hat noch Niemand gedacht, aber Dekorationsstücke, die kosten Geld, da wird schon dafür gesorgt, daß sie so lange als möglich halten. Wir richten in Anbetracht dessen das höchste Grüßchen an die Tiefbauverwaltung, sie möge einen geräumigen Schuppen bauen lassen, in dem sich die Arbeiter bei nassem Wetter in den Familien aufhalten können. Diese Forderung ist schon deshalb berechtigt, weil jetzt wieder die nahe Jahreszeit eintritt. Auch für die Lohnzahlung wäre ein Wartezimmer sehr notwendig, damit die Arbeiter beim Warten auf den Lohn nicht jeder Witterung ausgesetzt sind. — Besonders genügen diese Ausführungen, den gerügten Antrag abzuschaffen.

Görlitz. In jüngerer Zeit hat sich auch in unserer Stadt ein reges Leben in Sachen der Organisation geltend gemacht. Nach vorheriger Aussprache mit einigen Kollegen wurde am Dienstag, den 18. November, die erste Versammlung städtischer Arbeiter am hiesigen Plage abgehalten. In Folge ungenügender Bekanntmachung waren jedoch nur wenig Kollegen erschienen und es wurde deshalb nach einem kurzen Referat des Kollegen Moß-Berlin beschlossen, am Sonnabend, den 22. November, eine weitere Versammlung abzuhalten und hierzu durch Inserate einzuladen. Dies hatte auch den erwünschten Erfolg; denn zu dieser Versammlung waren etwa 30 Personen erschienen. Vom Kollegen Moß sowohl wie vom Redakteur Müller-Görlitz und dem Vorredner Lindner wurde in ausführlicher Weise auf die schlechten Löhne und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter verwiesen. Zahlreiche Redner forderten auch zum Beitritt in den Verband auf. Einzelne anwesende Gegner der Organisation meldeten sich jedoch nicht zum Wort trotz wiederholter Aufforderung und so wurde denn beschlossen, dem Verbands der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter beizutreten und die Leitung vorläufig dem Kartellvorredner Lindner, Rothenburgerstraße 46, zu übertragen. Die nächste Versammlung soll in aller Eile stattfinden. In Aufnahmen in den Verband wurden am Versammlungstage gleich 27 vollzogen. Wir dürfen uns deshalb wohl der guten Hoffnung hingeben, daß hier die Organisation gleichfalls recht bald wächst und den anderen am Eie bestehenden Verbänden nachhelfen.

Aus den Gemeinden.

Zur Nachahmung den männlichen städtischen Angehörigen empfohlen!

In den städtischen Markthallen beschäftigten Arbeiterinnen, die gegenwärtig einen Anfangslohn von 1,00 Mk. (Arbeitszeit bei einer Kolonne von 6 bis 6 Uhr, die andere von 7 bis 7 Uhr, einschließlich städtische Pausen) pro Tag beziehen, nach fünf Jahren einen solchen von 1,75 Mk. und nach zehn Jahren 2 Mk. pro Tag erreichen, haben Forderungen gestellt, die der Direktion in einer Eingabe unterbreitet sind. **Zämmliche beteiligte Frauen ohne Ausnahme haben die Eingabe unterzeichnet,** in der sie einen Anfangslohn von 1,75 Mk. verlangen, der von zwei zu zwei Jahren um 25 Pfg. pro Tag steigen soll, bis der Höchstlohn von 2,50 Mk. erreicht ist.

Die Hausbesitzer in den Gemeindefabrikationen. Welche Anzahl die Hausbesitzer in den Gemeindefabrikationen besitzen, das geht aus der nachfolgenden Aufstellung hervor. Danach vertheilen sich die Stadtverordnetenmandate in den einzelnen Städten auf die Hausbesitzer folgendermaßen:

	Stadt	Ganz
	besitzende	besitzer
Pöfen	36	davon 18 = 50 pSt.
Königsberg i. Pr.	102	57 = 54
Stettin	63	37 = 59
Charlottenburg	63	40 = 63
Magdeburg	72	46 = 64
Breslau	48	39 = 82
Tarza	60	38 = 63
Potsdam	102	67 = 65
Berlin	111	66 = 66
Bonn	24	17 = 71
Gießen	36	26 = 72
Görlitz	60	41 = 73
Halle	42	31 = 74
Köln	54	41 = 76
Frankfurt a. M.	54	41 = 76
Stuttgart	42	32 = 77
Leipzig	48	39 = 81
Münster	36	30 = 83
Düsseldorf	36	29 = 80
Hamburg	36	31 = 85
Wien	26	23 = 91
München	48	43 = 90
Moskau	60	50 = 100

Liberaler Arbeiterfürsorge in Halle a. d. S. Der Halle'sche Magistrat hat am 21. d. Mts. die Stadtverordnetenversammlung eine Beschlusse über die Bildung einer liberalen Arbeiterfürsorge in Halle a. d. S. genehmigt. Die liberalen Arbeiter fürsorge in Halle a. d. S. ist eine

Kommission der Stadtverordneten-Versammlung beschäftigt sich in 27 Sitzungen mit der Vorlage. Und das Ende der Verhandlungen? In einer der letzten Sitzungen des Stadtverordneten Kollegiums empfahl die aus liberalen Leuten zusammengesetzte Finanzkommission, die Vorlage mit Rücksicht auf die Privatindustrie abzulehnen! Das liberale Kollegium stimmte auch diesem Vorschlage gegen den Protest der sozialdemokratischen Mitglieder mit großer Majorität zu.

In **Mühlhausen im Elsaß** kam es in der Frage der Minimallohne der städtischen Arbeiter in der letzten Gemeinderathssitzung zu einem Vermittlungsbeschlusse. Die Zentralämter kämpften mit Verwunderung gegen die Minimallohne und sagten nicht nur den finanziellen Ruin der Stadt, sondern auch eine schwere Krise in der Industrie Mühlhausens voraus. Die Arbeiter, sagte man, würden zu Lasten der Fabrike verbannt und sich als Notthatsarbeiter bei der Stadt melden (wegen 2,50 Mk. Tagelohn!).

Unsere Parteigenossen verteidigten die Interessen der Arbeiter, sie müßten sich überlegen, daß der von den Demokraten angefochtene Vortrag wegen der Art seines Inhaltsdommens doch möglicherweise aus der Geschäftsordnung beanstandet werden könnte, und da überdies die beiden Fraktionen gleich stark sind (18 zu 18), der Bürgermeister aber mit seiner ausschlaggebenden Stimme mit den Demokraten stimmte, so gingen sie auf einen Vermittlungsantrag ein, der dann gegen eine Stimme angenommen wurde. Danach bleibt der Minimallohn von 2,50 Mk. für die Notthatsarbeiter bestehen, im Uebrigen wurde der angefochtene Beschluß aufgehoben. Dafür wurde eine Spezialkommission ernannt, welche die Lohnverhältnisse der übrigen städtischen Arbeiter zum Zwecke entsprechender Erhöhung der Löhne der leitungsfähigen Arbeiter zu prüfen und dem Gemeinderathe die nöthigen Vorschläge hierüber zu machen hat. Diese Kommission ist verpflichtet, Sachverständige aus Arbeiter und Unternehmer zuzuziehen.

Zu dem Beschlusse, welchen die Stuttgarter städtischen Arbeiter auf ihre Forderungen seitens des Gemeinderathes erhalten haben (siehe vorige Nummer der „Gewerkschaft“), bemerkt die „Soziale Praxis“ Folgendes:

„Diese Forderungen der Arbeiter scheinen uns bescheiden und eine angemessene Höhe des Krankengeldes für den Weiterlohn direkt notwendig zu sein. Sind doch auch die Versicherungsanstalten aus diesem Grunde mehr und mehr zur Bewährung von Familienunterstützung übergegangen, um die Arbeiter in den Heilanstalten festzuhalten. Besonders bedauerlich ist die Verschlechterung der Bürgerauschüsse noch die guten Absichten des Gemeinderaths.“

Bundschau.

Der Vorstand der „**Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten**“ theilt uns mit, daß eine Reihe ärztlicher Mitglieder der Gesellschaft sich bereit erklärt hat, in den Sitzungen von Krankenkassen, Gewerkschaften, Bildungs- und anderen Vereinen über die Gefahren der venereischen Krankheiten Vorträge zu halten. Gesuche um Vortragende sind an die Geschäftsstelle der Gesellschaft, Berlin W. 9, Potsdamerstr. 20, zu richten.

Ueber die fetten Gehälter der Magistrate in den Arbeiterverbänden weiß die direkt sozialistische Presse nicht genug zu erzählen. Auch wird viel erzählt von den „vielen Beamten“ der Gewerkschaften. Vor uns liegt — so schreibt die „Bergarbeiterzeitung“ — der Geschäftsbericht des ultramontanen Rheinischen Bauernvereins. Derselbe hatte 1901 eine Gesamteinnahme (inkl. Verband) von 382.300 Mk., eine Ausgabe von 109.911 Mk. Da der Jahresüberschuß nur 18.453 Mk. betrug, so belief sich die eigentliche Einnahme auf 188.754 Mk., das Andere war Verband. Dieser Geschäftsbericht beweist gerade keine Sparamkeit, aber man muß auch wissen, was dieser Verein für einen Beamtentab hat! Es sind nicht weniger wie sechs Gruppen vorhanden, deren Gehälter wie folgt geregelt sind:

Generalsekretär 4500—7500 Mk., jährlich um 1500 Mk. steigend, außerdem 500 Mk. Mietzuschuß; Vorsteher der Vertheilungen 4000—6000 Mk., 400 Mk. Mietzuschuß; Vorsteher der Konsumtion und Redakteur des Rhein. Bauern 3500—5500 Mk. und 300 Mk. Mietzuschuß; Vorsteher der Chemiker in leitender Stelle 2500—3500 Mk.; Vorsteher der Sachstelle 2000—3000 Mk.; Sekretäre 1700—2700 Mk.; Chemische Assistenten 1500—2500 Mk.; Schreiber 1000 bis 1400 Mk. Tiefer werden angestellt je nach Fähigkeit mit einem Anfangsgehalt von 400—800 Mk., steigend bis 1200 Mk. Gleichzeitig ist eine Pensionsordnung aufgestellt, nach welcher nach 10 Jahren bei Pensionfähigkeit ein Ruhegehalt gezahlt werden soll, welches sich in dem Rahmen der für die Staatsbeamten gültigen Bestimmungen hält.

Diese Gehälter laße man sich nur recht genau an. Der behörigste Beamte des deutschen Reiches unterverbannt, der einen Jahresumlag von über 100 Millionen Mk. hat, bekommt nicht einmal die Hälfte des Gehältes, den der Generalsekretär des Bauernvereins bezieht. Unter Verband zählt noch viel weniger. Allerdings darf man die „Tiere“ des Bauernvereins von 1—800, höchstens 1200 Mk. Zehne Millionen Jahre geht es in unheimlich verstärktem Maße. Wenn man nur die städtischen Gehälter der Beamten zusammen zählet und die 1000 Mitglieder der Beamten zusammen zählet, so ist man mit ihnen auf eine Summe von 25.000.000 Mk. Die der Bauernvereins Gehälter zählet man, so zählet man mit ihnen 25.000.000 Mk. Das heißt, der Bauernvereins Gehälter sind 10 Prozent mehr Jahresgehälter als die städtischen Gehälter. Bei 1000.000.000 Mk. Gehältern sind 100.000.000 Mk. Gehälter nur noch.

Litterarisches.

„Zwölftausend Postillon“. Das es doch noch gute Menschen giebt, beweist die 500. Nummer des Zwd. Postillon. Der Herr Staatsanwalt übertrug in eigener Person dem Zwd. Postillon einen schönen Blumenstrauch und seine „herlichsten“ Glückwünsche. Der Gelehrte nimmt mit ebenso großer Bonhommie als Grandezza dieselben wie die duftende Gabe entgegen. Auch der Schatzmann fehlt nicht mit der fälligen Anklage. Sei gediehrer Wiederkehr zur Rechten, Verderb Straubinger zur Linken, die plastischen Formen des Abdrucks die Mitte. Nante macht „einen langen Satz“ und vereinigt seine Aufmerksamkeit mit der des arbeitslosen Philosophen, welcher mehr begehrt als philosophische Worte nach dem Inhalt des Korbes wirft. D. P. liefert einen lebenden Wundenerzieler, ferner das lustige Schlußbild: „Jubiläum-Zoo“. Eine Bilanzleistung bietet die 500. Nummer mit dem großen Bild: „Ein Trinkspruch im (Stadium), welchen der „Alte“ zur Erde sendet. Die verstorbenen Mitarbeiter Regel und Hillebrand, in sprechender Aehnlichkeit, greifen voll freudiger Erinnerung zum Becher, während der weit getrocknete Witzlich frohlich das Trinken freudig. Die ganze Nummer trägt das Gepräge des 500. Erscheinens und eine stattliche Reihe von Mitarbeitern haben ihr Weites dazu entboten. Die reichhaltige Nummer umfaßt 12 Seiten und bietet ein Bild des ganzen bisherigen Schaffens. Wir empfehlen insbesondere diese Zeitnummer unseren Lesern: dieselbe kostet ebenfalls nur 10 Pfennig.

Versammlungs-Anzeiger.

Hierher, die Ihre Berlin wohnen regelmäßig an bestimmten Tagen abholen, können dies Ihnen unser Brief nicht bekannt geben. — Am Ende eines Monats nur ausnahmsweise veröffentlicht werden.

- Berlin I.** (Inhalt: Arbeiter) 11. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin II.** (Inhalt: Arbeiter) 12. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin III.** (Inhalt: Arbeiter) 13. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin IV.** (Inhalt: Arbeiter) 14. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin V.** (Inhalt: Arbeiter) 15. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin VI.** (Inhalt: Arbeiter) 16. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin VII.** (Inhalt: Arbeiter) 17. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin VIII.** (Inhalt: Arbeiter) 18. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin IX.** (Inhalt: Arbeiter) 19. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin X.** (Inhalt: Arbeiter) 20. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin XI.** (Inhalt: Arbeiter) 21. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin XII.** (Inhalt: Arbeiter) 22. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin XIII.** (Inhalt: Arbeiter) 23. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin XIV.** (Inhalt: Arbeiter) 24. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin XV.** (Inhalt: Arbeiter) 25. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin XVI.** (Inhalt: Arbeiter) 26. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin XVII.** (Inhalt: Arbeiter) 27. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin XVIII.** (Inhalt: Arbeiter) 28. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin XIX.** (Inhalt: Arbeiter) 29. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).
- Berlin XX.** (Inhalt: Arbeiter) 30. Dezember, 8 (Wahlstr. 2, 8 u. 10 Uhr).

Unserem Kollegen **Burisch** nebst Gemahlin zu ihrer am 27. November d. J. stattfindenden silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Filiale VI, Laternenwärter.

Andreas-Garten,
Berlin, Andreasstr. 26.
Franz Hierkowsky.

Empfehle dem geehrten Vereinen, Gesellschaften und Freunden meine neuangelegten, bis 200 Personen fassenden Lokalitäten. Mittagsstisch, ff. Getränke, gute Küche, Regelmäßige, gute saubere Betten.

Technikum Berlin.
Höhere Lehranstalt für Elektrotechnik und Maschinenbau-, Hochbau- und Bauingenieurwesen.
Staatlich inspiziert.
Tages- und Abendkurse.
Holzmarktstr. 73. Berlin O. Alexanderstr. 20a
Propaganda kostenlos.

Buchhandlung Vorwärts,
Berlin N. O. 68, Lindenstraße 69.

In unserem Verlage erschien soeben:
Schutz gegen Krankheitsgefahr!
Von
Dr. J. Jadel und Dr. A. Blaschko.
Preis 20 Pf. 5. Auflage. Porto 3 Pf.

In gemeinverständlicher Form haben die beiden Verfasser an der Hand vielfachiger ärztlicher Erfahrung zusammengestellt, wie sich der Einzelne gegen ansteckende Krankheiten schützen kann und wie sich namentlich der Arbeiter bei derartigen Erkrankungen verhalten soll. Das lehrreiche Schriftchen sollte sich jeder Arbeiter kaufen. Es ist durch unsere Expedition zu beziehen.

Verband der städt. Arbeiter Württembergs.
Abrechnung vom 3. Quartal 1902.

Einnahmen der Filialen.	
Vom 2. Quartal am Ort verbliebenen Hauptkastengeldern	206,12 RM.
An Eintrittsgeldern	9,90
wöchentlichen Beiträgen	983,70
sonstigen Einnahmen der Hauptkass.	1621,25
Summa	2820,97 RM.

Ausgaben der Filialen.	
An die Hauptkasse eingekandt	1788,17 RM.
Nür Rechtschutz	12,76
Nür Kranken-Unterstützung	407,50
Antheil der Filialen an den Reisekosten	196,73
Hauptkastengelder am Ort behalten	415,81
Summa	2820,97 RM.

Einnahme in der Hauptkass.	
Kassenbestand am 1. Juli	136,42 RM.
Aus den Filialen eingekandt	1788,17
Summa	1924,59 RM.

Ausgabe in der Hauptkass.	
Nür Abonnement „Die Gewerkschaft“	880,— RM.
Nür Bücheranschaffungen	15,30
Porto und Schreibmaterialien	5,—
Fahrtgeld u. bei der Verhandlung contra Hegelmaier	7,20
Agitation	12,60
Sitzungsgelder	9,50
Summa	979,60 RM.

Bilan.	
Einnahme	1924,59 RM.
Ausgabe	979,60
Kassenbestand	1444,99 RM.
Stuttgart, den 8. November 1902.	
Revidirt und für richtig befunden.	

Die Revisoren.
H. Guttenberger. (Hortlieb Rudolf. Dugo Pfeifer.
Der Kassirer: Franz Tirner.
Der Vorsitzende: Carl Altvater.

Achtung, Berliner Mitglieder!

Wiederholt ist es in letzter Zeit vorgekommen, daß sich die Verbandskollegen beim Besuch unserer Bureaus nicht an die festgesetzten Sprechstunden gehalten haben. Wir machen daher darauf aufmerksam, daß

die Sprechstunden nur von 11—1 Uhr Mittags

sind. Außerdem ist das Ortsbureau alle

Mittwoch, Abends von 6—9 Uhr geöffnet.

Außerhalb dieser festgesetzten Zeit sind die Verbandsbeamten ohne jede Ausnahme für Niemand zu sprechen. Wir müßten auf die strikte Durchführung dieser Manregel achten, da sonst die Beamten fortgesetzt in ihrer Arbeit gestört werden und eine korrekte Thätigkeit derselben ausgeschlossen ist.

**Für den Verbands-Vorstand: Dr. Foerich.
Für das Ortsbureau: D. Schubert.**

Abrechnung

über die Sammlungen für die gemahregelten Kollegen
Burthard und Franz, Leipzig.
Einnahmen.

März 11.	Bera	2,15 RM.
24.	Berlin	68,—
25.	Mannheim	9,20
26.	Mannheim IV.	2,60
April 1.	Breslau	29,75
3.	Berlin	20,—
4.	Riel.	29,40
8.	München	6,50
9.	Nürnberg	13,—
12.	Kürth	8,—
15.	Stettin	5,—
15.	Magdeburg III.	4,55
16.	Magdeburg I.	28,50
22.	Berlin	5,—
26.	Geminn	8,95
Mai 1.	Hamburg	100,—
7.	Bremen	32,30
14.	Stuttgart	11,70
20.	Ludwigshafen	15,75
24.	Hamburg	7,15
30.	Stettin	4,25
Juni 9.	Berlin III.	5,—
22.	Schmargendorf	5,—
Summa		419,75 RM.

Ausgaben.		
März 24.	Burthard und Franz	70,— RM.
April 3.	Burthard und Franz	40,—
3.	Diercke-Porti	—,65
Mai 14.	Burthard und Franz	50,—
14.	Diercke-Porti	—,45
Juni 14.	Burthard und Franz	60,—
Summa		221,10 RM.

Bilan.	
Einnahme	419,75 RM.
Ausgabe	221,10
Reisand	198,65 RM.

Dieser Betrag wurde an den Verbands-Vorstand abgeliefert.
Dr. Foerich.

Folgende Filialen haben ihre Sammlungen noch nicht abgerechnet resp. nicht zurückgesandt:

Filiale	Summe	Summe
Mannheim I.	131	135
Mannheim II.	136	140
Mannheim III.	141	150
Mannheim IV.	151	155
Mannheim V.	162	162
München I.	179	179
Kürth i. B.	201	210
Karlsruhe i. B.	211	215
Worms	216	220

Wir erheim diese Filialen hierdurch nochmals, die Sammlungen umgehend abzurechnen resp. zurückzusenden.
Revidirt und für richtig befunden.

Berlin, 14. November 1902.
D. Schubert. Schadel.

* Nach Schluß der Revision eingelaufen.

Magdeburg Filiale III.
Am Sonnabend, den 15. Oktober, verstarb unerwartet im Alter von 47 Jahren unser treuer Kollege
Karl Wesemann.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Magdeburg Filiale III.
Unsern Mitgliedern zur Nachricht, daß der Verbandskollege
Emil Dütsch
nach langem Leiden durch den Tod aus unserer Mitte gerufen ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Unserem Verbandskollegen, dem Schmied
Ferdinand Walter
zu seinem am 26. 11. 02 stattfindenden Arbeitsjubiläum die besten Glückwünsche.
Filiale I. Berlin.